

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt und Kreis Merseburg

Bezugspreis: mit den Beilagen: „Wilder der Woche“, Landmanns Sonntagsblatt, etc. durch die Post Mk. 2.40 ohne Beifügung, durch Boten Mk. 2.— frei Haus monatlich. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnumm. 10 Pfg. Sonnabends 20 Pfg. Geschäftsstelle: Hälterstr. 4 (Hauptstelle) und Gottfriedstr. 38. — Im Falle bösserer Gewalt (Streik usw.) besteht kein Anspruch auf Vierung oder Rückvergütung.



Anzeigenpreis: für den 8 getippten Millimeterraum 10 Pfg., in Reklame teil (3 getippten) 40 Pfg. für Größe und Nachzettelungen 30 Pfg. Aufschlag. Familienanzeigen ermäßigt. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Merseburg. Anzeigenfrist 10 Uhr vormittags. — Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. — Postfachkonto Leipzig 16654. Fernsprecher 100/101

Nr. 223

Mittwoch den 23. September 1925

165. Jahrgang.

Vorbereitungen zur Konferenz in Locarno.

Am Sonnabend lagung des Auswärtigen Ausschusses.

Falls das Kabinett in seinen Beratungen zu dem Entschluß kommen sollte, die Einladung der Weimäcker anzunehmen, wird die Konferenz am 5. Oktober in Locarno stattfinden, obwohl die örtlichen Verhältnisse und insbesondere die deutsche Verichterstattung sowohl für die Regierungen, wie für die Presse außerordentlich ungünstig sein werden. Die Wahl dieses Ortes steht wohl damit im Zusammenhang, daß der italienische Ministerpräsident Mussolini eine Teilnahme an den Verhandlungen wünscht.

Zie am Montag begonnene Kabinettsberatung über die Frage des Sicherheitspakt wurde gestern nachmittag um 6 Uhr fortgesetzt. Wie von zutandiger Stelle mitgeteilt wird, ist die heutige Kabinettsitzung für 6 Uhr nachmittags abgebrochen. Die Sitzung findet unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Luther statt. Darum folgt am morgigen Donnerstag der Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten, der über die Annahme der Einladung zur Ministerkonferenz und die Art der Teilnahme Deutschlands entscheidend wird. Die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages sollen am Sonnabend stattfinden.

Die Verhandlungen des Kabinetts drehen sich augenblicklich einmal um den Inhalt des Sicherheitspakt und um die Vereinbarungen, die zwischen Deutschland und den Weimäcker abgehandelt werden sollen, zum anderen um die allgemeinen politischen Probleme, die mit dem Abschluß eines Pakt verbunden sind. Nach dem Ergebnis der Londoner Juristenkonferenz scheint in England die Ansicht zu bestehen, bei Abschluß eines Paktes eine Garantie für die Sicherung der Weimäcker nicht nur zugunsten von Frankreich, sondern auch zugunsten von Deutschland zu übernehmen. Außerdem sollen die Schiedsgerichtsverträge, die gleichzeitig mit dem Pakt abgeschlossen werden, abgeschlossen werden, daß das deutsche Schiedsgericht für die Streitfälle juristisch Natur erlassen werden. Dagegen werden Streitfälle politischer Natur einer Schlichtungsinanz unterbreitet werden. Angefaßt sind dagegen noch drei wichtige Fragen.

Zunächst bestehen alle Weimäcker darauf, daß in der Präambel eines Sicherheitspaktes ausdrücklich der Status quo

des Vertrages von Versailles von beiden Seiten anerkannt wird. Diese Forderung wird nicht die Zustimmung des Kabinetts und sicherlich auch nicht die Zustimmung einer Mehrheit des deutschen Reichstages finden.

Die Zusammenlegung der deutschen Delegation

Ist noch nicht geregelt und hängt von den weiteren Verhandlungen des Kabinetts ab. Am Kabinettsrat sind bis jetzt zwei Ansichten aufgetaucht. Ein Teil der Mitglieder ist der Meinung, daß die deutsche Antwort sich auf eine Konferenz der Außenminister beziehen soll, während ein anderer Teil des Kabinetts wünscht, daß in der deutschen Antwort eine Konferenz der Ministerpräsidenten unter Einbeziehung der Außenminister und auch anderer Mitglieder des Kabinetts gefordert wird. Für den Fall, daß eine Konferenz der Außenminister zustande kommen sollte, hat die englische Regierung als Delegierte bereits Chamberlain und Hurst in Berlin vorgeschlagen.

Eine Erklärung der Deutschnationalen.

Berlin, 22. Sept. Die Deutschnationale Volkspartei gibt über die heutigen Besprechungen folgende Erklärung heraus: In einer längeren und eingehenden Aussprache am 22. September am Vor- und Nachmittag nahmen Parteivorstand und Landesverbandsvorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Stellung zu den großen außenpolitischen Fragen. Die Aussprache ergab wertvolle Lebendigkeit über das politische Ziel. Die Sitzung hat begonnen mit einem einleitenden Referat des Parteivorstandes, Grafen Westarp, M. d. N. Nachdem der Parteivorstand durch eine wirksame Einführung in die Lage der Fraktion eingeführt wurde, wurde zum Schluß folgende Entschlußfassung angenommen:

Parteivorstand und Landespartei-Vorsitzende billigen die Auswärtigen, die die Vorsitzenden der Partei über die programmatische Stellungnahme zur gegenwärtigen außenpolitischen Lage gemacht hatten und geben ihre Zustimmung zu der hiernach zu führenden Politik der Reichstagsfraktion.

Berlin, 23. Sept. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion ist heute vormittag um 11 Uhr unter dem Vorsitz des Grafen Westarp erneut zusammengetreten, um die Beratungen über den Sicherheitspakt fortzusetzen. Wie von unserm Berichterstatter heute mitgeteilt wird, nimmt die endgültige Stellungnahme der Deutschnationalen die Note der Reichsregierung vom 20. Juni d. J. zur Grundlage. Das Reichskabinett wird erst am Nachmittag, voraussichtlich zwischen 5 und 6 Uhr zusammenzutreten. Man erwartet, daß bis dahin die Parteiberatungen zu Ende geführt sein werden.

Schuld befreie noch immer und am 25. September müsse man einige Milliarden der Anleihe von 1922 zurückzahlen, ganz abgesehen von den im Dezember fällig werdenden neuen Rückzahlungen. Während des Septembers habe man eine Milliarde neuer Banknoten ausgegeben, die der Markoffortfall verhängen habe. Für die im September fällig werdenden Verpflichtungen werde man die Notenpresse mit Hochdruck arbeiten lassen müssen.

Aus dem französischen Ministerrat.

Paris, 22. Sept. Der heute zusammengetretene Ministerrat beschließt sich in der Hauptfrage mit der Streikbewegung innerhalb der Post- und Telegraphen-Anstalten. Wirtschaftsminister Chauvet erklärte, der gestern plötzlich ausbrochene Streik bedeute einen revolutionären Staatsstreik, den keine Regierung dulden dürfe, ohne die Nation zu verraten. — Rainelle erstattete Bericht über die Lage in Marokko und die Vorgänge in Syrien. Deland behandelte in seinem Epizode den Stand der Besprechungen innerhalb der Kommissionen des Völkerbundes.

Keine Verdammung Abd el Krims.

Paris, 22. Sept. Nach dem „Matin“ ist nicht Abd el Krim, sondern der Caïd Abd el Kaffim, einer seiner bedeutendsten Unterführer, durch einen Bruchschuß während der Einnahme des Dorfes Mesraba durch die Franzosen verdammungswürdig. Sein Zustand soll bedenklich sein.

Rumänische Pflieger gegen die Riffleute.

Bukarest, 23. Sept. Die 18 rumänischen Pflieger, die der französischen Regierung ihre Dienste in Marokko angeboten haben, erhielten die Bewilligung des rumänischen Kriegsministers. Sie werden in der nächsten Woche nach Paris abfliegen.

Staatssekretär Kellog hat den Generaloffizier der Vereinigten Staaten in Tanger telegraphisch ersucht, den amerikanischen Fliegern in französischen Diensten mitzuteilen, daß ihnen das Bürgerrecht der Vereinigten Staaten entzogen werden würde, wenn sie nicht sofort ihre Kriegsdienste in Marokko aufgeben würden.

Die „Times“ melden aus Tanger: Die moralischen Wirkungen des französischen Vordringens in Marokko sind nicht zu bestreiten.

Über die französischen Truppen haben über Abd el Krim keinen entscheidenden Sieg erröchten.

Vorfragen für die Konferenz.

Die Beratungen des Reichskabinetts über die Beteiligung Deutschlands an der Außenminister-Konferenz sind noch nicht beendet. Noch ist unbekannt in der Öffentlichkeit, was Ministerialdirektor Dr. Gauß aus London an Material mitgebracht hat. Es hält daher schwer, in diesem Augenblick vorauszusagen, ob die Reichsregierung den Weg zur Konferenz ohne jeden Vorbehalt beschreiten wird, wie mit drängendem Eifer die demokratische Presse es wünscht oder ob der deutsche Unterhändler, der die Weimäcker der Schweiz antreten soll, nur beschränkte Verhandlungsbefugnisse erhält. Daß durch die Unterredungen, die von Seiten der alliierten Kabinette in unerfindlicher Weise gemacht worden sind, die Reichsregierung in die Lage versetzt ist, den Charakter der Konferenz in gewisser Weise zu bestimmen, kann in diesem Fall als ein für uns sich ergebendes Vorteil angesehen werden. Man hat beiderseitige die Möglichkeit offen, entweder zu der Konferenz sämtliche abschließenden Entschlüsse der Gesamterregierung bzw. der deutschen Volksvertretung vorzubehalten oder durch die Auswahl der bevollmächtigten Vertreter der Konferenz eine Gestalt zu geben, in der nicht nur über die Paktfragen, sondern auch über alle sonstigen hiermit zusammenhängenden Probleme der angestrebten „Völkerfriedung“ gewisse bindende Abmachungen getroffen werden können. Letzteres würde dann bedeuten, daß Deutschland unter Festhalten an den in der deutschen Note vom 20. Juli ausgesprochenen Forderungen und Vorbehalten den guten Willen zeigt, die Gesamterhandlungen in mündlicher Aussprache weiterzuführen. Es würde auch bei einer derartigen Bewegungsfreiheit der deutschen Unterhändler die Möglichkeit vorliegen, wenigstens die Modalitäten für ein derartiges Friedensprogramm festzulegen.

Diesen Vorteilen, die sich für uns bei genöthig reichlich optimaler Ausnutzung über die Einstellung der Politik der Alliierten ergeben könnten, steht aber ein schwerwiegendes Bedenken gegenüber: auf der anderen Seite ist man vielleicht geneigt, die Unterredung über die Vorfragen, wie wir sie antreiben, soweit noch auszuheben. Dabei dürfte sich als letzter Ausweg für die deutschseitigen in Frage kommende Politik nur das ergeben, daß wir die Einladung zur Außenministerkonferenz annehmen, bevollmächtigte Unterhändler ernennen, die aber nicht über die Verhandlungsbefugnisse hinausgehen dürfen, die Dr. Gauß für die Londoner Juristenkonferenz eingeräumt worden waren. Wir bedürfen heute noch einer Aufklärung darüber, ob die Weimäcker geneigt sind, auch ohne den vorläufigen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund einen Vorvertrag abzuschließen. Weiter müssen wir eine Reihe von bindenden Erklärungen und Zusicherungen erhalten, die sich hauptsächlich auf die befallenen Artikel 15 und 16 des Völkerbundespaktes beziehen, bevor das Reichskabinett sich darüber schlüssig werden kann, ob es in der Lage ist, bindende Erklärungen in der Paktfrage abzugeben.

Das Grundfäßliche ist es, was in diesen Vorfragen für die Konferenz entschieden werden muß. Der Vorwurf, der von Seiten der Linksparteien gemacht wird, man wolle aus parteipolitischen Rücksichten die von Dr. Stresemann eingeleitete Sicherheitspaktspolitik hinterziehen, muß mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Ausstellungen dieser Art, wie sie immer wieder in den Besprechungen der demokratischen Presse aufzutauchen, tragen nur dazu bei, die Stellung der deutschen Reichsregierung gegenüber dem Ausland zu erschweren. Neue Forderungen und Vorbehalte, die offensichtlich über jene der deutschen Note vom 20. Juli hinausgehen, werden in keiner Weise von dieser oder jener Seite geltend gemacht, dürfen auch bei den augenblicklich stattfindenden Beratungen des Reichskabinetts keine Rolle spielen. Es liegt daher gar keine Gefahr vor, daß es innerhalb der Regierung hierüber im Augenblick zu einem Konflikt kommen könnte. Die bestehende Unsicherheit ist lediglich darauf zurückzuführen, daß die Reichsregierung unter grundsätzlichen Festhalten am Paktgedanken Deutschlands Zukunft sicherstellen will.

Da es ihm gelungen ist, der Entscheidung auszuweichen. Am Bezirk Tetuan sind die Dibeallabs offenbar jetzt entschlossen, den Kampf fortzusetzen, obwohl sie zuvor Mutlosigkeit an den Tag legten. Trotz ihrer sehr schweren Verluste haben sie derartig unter dem Einfluß des Führers der Aufreppern, daß sie jetzt den Kampf gegen die Spanier wieder aufnehmen werden.

Ungünstige Ausichten für die spanische Offensiv

Paris, 23. Sept. Ueber die Entwicklung der spanischen Offensiv gegen Alir sind keine neuen Einzelheiten bekannt. Ein höherer spanischer Offizier hat nach einer „Daily Mail“-Nachricht aus Tanger der Heberzeugung Ausdruck gegeben, daß der Vormarsch der spanischen Truppen auf Alir zum Scheitern komme, wenn die Franzosen nicht gleichzeitig durch eine energische Offensiv an der Uerghafon die Kräfte der spanischen Truppen nach der Uerghafon wegschleppen. In Tetuan beruht große Weisheit wegen des Schicksals der Expedition nach der Cecebillabucht.

Zas Gewehr- und Geschützener der Rifstypen wird immer bestiger.

Neben Zaz bringt ein Hospitaltschiff Vermundete von Cecebillabucht nach Melilla.

Zur Frage der Räumung Kölns.

Köln, 23. Sept. Wie von zutandiger Stelle mitgeteilt wird, ist über die Frage der Räumung der Kölner Zone und die Verlegung des Sitzes der Rheinlandkommission nach Wiesbaden bisher offiziell nichts bekannt geworden. Man betrachtet eine Verlegung des Räumungskommis nach Wiesbaden nicht für sehr wahrscheinlich, weil irgendwelche Verhandlungen, die einen solchen Befehl der Entensmächte herbeizuführen geeignet wären, noch nicht stattgefunden haben.

Damnis Wehrlosigkeit.

Einnewerpolnischer Berariff.

Der Völkerbundrat in Genf hat beschlossen, daß gewisse Teile der Weimäcker in Danzig Polen für den Zweck eines Munitionslagers übergeben werden sollen. Wie der Danziger Völkerbundkommissar den Räumungskommissionären mitteilt, hat Polen die Ansicht, auf dem ihm zugewiesenen Gelände eine ständige militärische Bände von mindestens 88 Mann zu unterhalten, um die Munitionstransporte zu beschützen. Der Völkerbundkommissar glaubt, dem Rat diese Frage vorlegen zu müssen, da auf Veranlassung des Rates kleinerer in die Danziger Verfassung die Zustimmung angenommen wurde, daß in der freien Stadt Danzig ohne Genehmigung des Völkerbundes keine militärische oder flottenartige Erriehet werden dürfe. Der Völkerbundkommissar ist sich nicht darüber klar, ob Polen die Ansicht habe, eine derartige Bände zu errichten, behauptet allerdings der von ihm ausdrücklich hervorzuheben Tatfache, daß Polen den Danziger Hafen schon mit 15 Kriegsschiffen, die eine Besatzung von 600 Mann haben, besetzt.

Böhliger Mißerfolg der französischen Goldanleihe.

Paris, 22. Sept. Wie die kommunistische „Humanité“ zu wissen glaubt, ist die neue französische innere Goldanleihe ein böhliger Mißerfolg. Das Publikum lehne es ab, sie zu zeichnen. Man habe in den optimistischsten Kreisen angenommen, die Anleihe werde die Kontoführung von 30 bis 40 Milliarden, in anderen Kreisen die Kontoführung von 25 bis 30 Milliarden der schwebenden Schuld erlauben. Wenn aber die Anleihe bis zum Augenblick 7 bis 8 Milliarden ergeben habe, so sei das viel. Es scheint sogar, daß man zugleich ein Rückfallen der Zeichnungen der Bonds der nationalen Verteilung festgestellt habe. Die 60 Milliarden schwebenden



Die Vorverhandlungen zur Abrüstungskonferenz.

Genf, 22. Sept. In der Untertommision des Völkerbundes für die Abrüstung wurde gestern in nichtöffentlicher Sitzung eine Einigung erzielt. Es wurde beschlossen, die sogenannte Verbindungskommision zu beauftragen, die Fragen der Abrüstung eingehend zu prüfen. Der geeignete Zeitpunkt für die Einberufung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz wird vom Völkerbundrat festgelegt werden, sobald die allgemeine Sicherheit Europas dies gestattet (!) Es soll denjenigen Staaten, die im Völkerbund nicht vertreten sind, die aber an der Abrüstung ein besonderes Interesse haben, die Möglichkeit gegeben werden, ihre Anschauungen zur Kenntnis des Rates zu bringen. In Völkerbundstreifen hofft man, daß durch diesen Beschluß die Abhaltung einer Abrüstungskonferenz in nicht allzuferner Zukunft ermöglicht wird.

Also hat sich der Völkerbund wieder mal mit Eleganz um entscheidende Maßnahmen für die Durchführung der Abrüstung gebüht. Mehr war ja auch nicht zu erwarten.

Die Minderheitenfrage vor dem Völkerbund.

Genf, 22. Sept. Der Vollversammlung des Völkerbundes lag heute vormittag der Bericht über die Arbeiten der 6. Kommission der Minderheitenfrage vor. Der Bericht, der einen kurzen Überblick über die von uns eingeleitete erwähnte politische Debatte enthielt, empfing der Vollversammlung die Maßnahmen des Völkerbundrates und des Völkerbundsekretariats gutzuheißen, insbesondere, soweit sie das Verfahren in der Behandlung der Minderheitenfrage durch die Anträge betrafte.

Der ungarische Delegierte, Graf Apponyi, der den Sitzungen der 6. Kommission über die Minderheitenfrage nicht beigewohnt, erklärte sich mit der Resolution nicht einverstanden, da sie die von ihm vorgelegten Anträge nicht genügend beachtet habe. Seine Anträge bezeichnen keine Abänderung der Beschlüsse, sondern es wären ausschließlich Anträge für eine Abänderung des Verfahrens. Unter diesen Umständen mußte die ungarische Delegation bei der Abstimmung über die vorgeschlagene Resolution in der Minderheitenfrage sich der Stimme enthalten.

Der Vertreter Belgiens, Symans, bemerkte hierzu, die Kommission habe alle Anträge, auch diejenigen Apponyis, in Erwägung gezogen und die ganze Behandlung dem Rat unterbreitet, damit der Rat sie prüfe. Er gab dem Grafen Apponyi die Versicherung, daß der Rat bereit sei, das Verfahren zu vervollständigen.

Der ungarische Delegierte erklärte, daß er sich nicht einverstanden erklärt, daß die 6. Kommission alle Staaten vertreten seien und daß ihre Beschlüsse einstimmig angenommen würden.

Frankreichs Schuld an der Verschleppung des Handelsvertrags.

Paris, 22. Sept. Die „Journée Industrielle“ schildert heute eingehend die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich und kommt zu dem Schluß, daß wenn bisher ein Abkommen nicht zustande kommen konnte und wenn auch in der nächsten Zeit mit dem Abschluß eines Handelsvertrages kaum zu rechnen ist, sondern man sich im besten Falle mit einem Provisorium werde begnügen müssen, die Verantwortung auf das französische Parlament zu schieben, das nicht in der Lage war, einen Zolltarif auszubereiten.

Die „Journée Industrielle“ hat dabei den Mut, als erstes der Pariser Blätter einzugehen, daß die politischen Parteien in Frankreich sich für den Zolltarif gar nicht interessieren. Nicht einmal die französischen Sozialisten lassen ihre Grundzüge in dieser wichtigen Angelegenheit sprechen. Aufgedessen ist die Meinung, man mag sich zum Ende des Monats Oktober, da die Verhandlungen zwischen Zarababurg und Chamet wieder aufgenommen werden könnten, ein brauchbarer Zolltarif zustande kommen könnte. Damit aber, daß der Handelsvertrag nicht vom Fleck kommt, sind auch alle präventiv wirtschaftlichen Maßnahmen, die bisher abgeschlossen wurden, beseitigt, vor allem das schwerindustrielle Abkommen, das an den Abschluß des Handelsvertrages gebunden war und aus dem Resultat kommen, obwohl es vom Reichstag und von der französischen Kammer ratifiziert worden war, aber es steht so viel mit dem schwerindustriellen Abkommen im Zusammenhang, daß es allein nicht ins Leben treten kann. Die „Journée Industrielle“ wendet also, daß eine Grundlage für die Verhandlungen geschaffen werde und dies könne nur in dem neuen französischen Zolltarif geschehen.

Borah über die französische Schuldregelung.

London, 23. Sept. Der Washingtoner Berichterstatter des „Daily Express“ bringt eine Unterredung mit dem Senator Borah über die Kriegsschuldfrage. Borah sagte, wenn es sich nicht um Frankreich handelte, wäre er bereit gewesen, alle an den Vereinigten Staaten zu streichen. Er sehe aber keinen Grund, einen Vertrag einzugehen, das nicht nur selbst ein großes Interesse des Heeres unterhalte, sondern noch andere Länder beunruhige und Europa zu einem demontierten Heerlager wie vor dem Krieges made. Dann sei Frankreich in die Mühle eingerückt. Hätte Frankreich einen Schuldenantrag zu einem Friedensvertrage werden, so würde die Bitte wohlwollend aufgenommen worden sein. Das habe Frankreich nicht getan und deshalb müsse es bezahlen und könne keine besseren Bedingungen erhalten als irgend ein anderes Land.

Kriegsbeschränkung in der Türkei.

Sofia, 22. Sept. Aus Konstantinopel kommende Kaufleute schildern die Erregung über die Mossulangelegenheit als außerordentlich groß. Man habe den Eindruck, als würde die Türkei vor großen Entschlüssen. Die Kriegsbeschränkung ist allgemein. Man redet davon, daß jeden Augenblick die Schließung der Dardanellen angedacht wird.

Eine feste Entle!

London, 23. Sept. Nach einer bei der Westminster Gazette eingegangenen Information soll die Regierung des Great England um beschleunigte Entsendung von Truppen gebeten haben, um einem etwaigen Angriff auf die Mossulgrenze zuvorkommen. Diese Nachricht habe in politischen Kreisen Englands große Ueberraschung hervorgerufen.

Die englische Delegation hat an das Völkerbundsekretariat eine Note gerichtet, die im wesentlichen folgenden Inhalt hat: Es ist dringend erforderlich, daß der Völkerbundrat Schritte unternimmt, um festzustellen, ob die Verträge des Kommissionsrat im Fall den Tatsachen entsprechen. Damit Grenzverletzungen nach Möglichkeit vermieden werden, schlägt die britische Regierung vor, daß der Völkerbund einen Brief an die Britischen Demarkationsstellen entsenden, der die Beschuldigungen der beiden Parteien unterziehen soll und in Zukunft darüber wacht, daß sich keine Grenzverletzungen ereignen. Im Falle einer Grenzverletzung soll der Rat durch diesen Beauftragten hiervon unverzüglich in Kenntnis gesetzt werden.

Zusammentritt des preussischen Landtags.

Ohne Kräfte- und Aufstufungsgerichte ist der Landtag wohl überhaupt nicht mehr denkbar. Weieren erklärte man sich in den Wandelungen mit großer Wichtigkeit, daß die Sozialdemokraten den Widerstand des Zentrums gegen die Aufstellung einfach mit der Berechtigung in der Abordnung der Sozialdemokraten im Reichstag zu erklären wollten. Sie möchten dem Wirken der Regierung eine Pause verschaffen — nötig genug bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen, die das Kabinett Braun auf die Gnade der beiden großpolitischen Abgeordneten anweisen. Nun, man muß schon im Landtag Berichte folpertieren, um den Ansehen einer gewissen Beschäftigung zu erweisen, die doch diesen Parlament so wenig zu Gesicht steht.

Sitzungsbericht.

Der Vizepräsident des Landtages beschäftigte sich gestern mit der Geschäftslegende des Hauses. Man wird zunächst bis zum dritten Oktober Plenarsitzungen abhalten, sobald soll mit Rücksicht auf die Termine der Provinziallandtags- und Kreisversammlungen eine längere Pause eintreten. Das Plenum wird sich zunächst mit der Besprechung der Vorstimmungen bei der preussischen Landesparlamentaristik beschäftigen, in welchem Zusammenhang auch die Anträge darauf verlesen wurde, doch gegenmütig das gerichtliche Verfahren in Gange sei.

Die Plenarsitzung wurde kurz vor 3 Uhr von Präsidenten Barck eröffnet. Nach Erledigung einer Reihe Formalitäten gab Abg. Dr. Körner (Dt. Volk. Fr. P.) eine Erklärung ab, die sich gegen die vom Finanzminister im Namen der Staatsregierung im Staatsrat vom 16. Juli abgegebene Erklärung über den Reichsfinanzausgleich richtete. Da die Deutsch-Völkischen nicht zu Worte gekommen seien, sei es unrichtig, wenn der preussische Finanzminister erklären solle auf sämtliche Parteien des Landtages stützen zu können. Ueberdies halte seine Partei den Hauptausgleich zur Entgegennahme einer solchen Regierungserklärung nicht für befähigt. Die Vorgänge stellten eine Verletzung der Verfassung dar.

Ein Antrag des Abg. Dr. Körner auf Abweisung des Berichtes über die Landesparlamentaristik wurde abgelehnt, ebenso sein Antrag auf Vornahme einer politischen Aussprache über den Zöchersteuergesetz. Ein Antrag auf Unterbringung der aus dem Hauptbericht ausgewählten beschränkten Polizeibeamten wurde ebenfalls abgelehnt an den Hauptausgleich verlesen. Sodann erklärte Abg. Hirschel (Dem.) den Ausschlußbericht über die Unterbringung der Vorgänge bei der preussischen Landesparlamentaristik.

Neue Schwierigkeiten in den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Warschau, 23. Sept. Mehrere Mitglieder der polnischen Vertretung in den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sind aus Berlin in Warschau eingetroffen, um von der Regierung neue Informationen einzuholen. Sie erklärten demnach, daß die deutschen Vertreter nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Fragen erörtert hätten. So seien von ihnen Forderungen in der Drohanfrage gestellt worden. Die deutschen Vertreter hätten ferner den Abschluß eines Vertrags-Provisoriums für ein Jahr verlangt, während die polnischen Vertreter nur ein solches für neun Monate bewilligen wollten. Deutschland verlange weiter die Einräumung des Marktes für die polnischen Waren und die Festsetzung von bestimmten Höfen für die deutschen Waren. Die deutschen Vertreter wären andererseits bereit, in der Einfuhr polnischer Waare Zugeständnisse zu machen.

In politischen Kreisen Polens ist man der Ansicht, daß trotz dieser Differenzen eine Aussicht auf Verständigung mit Deutschland bestehe.

Wie die „Z.“ hierzu vom zuständigen Stelle erfährt, haben heute zwischen der deutschen und der polnischen Delegation Verhandlungen stattgefunden, in denen die Grundfragen der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen eingehend erörtert wurden. Hierbei stellte es sich heraus, daß die polnische Regierung im Begriff ist, neue Zolltarife auszugeben. Bei dieser Sachlage wurde daher von der deutschen Vertretung vorgeschlagen, die weiteren Verhandlungen bis zur Bekanntgabe der neuen polnischen Zolltarife auszussetzen. Die polnische Delegation hat zugestimmt, so bald wie möglich die neuen Zolltarife der deutschen Regierung bekannt zu geben.

Politische Rundschau.

Viktor Strochheim aus der Haft entlassen.

Wie halboffiziell mitgeteilt wird, sind Viktor Strochheim und sein Sohn, sowie die anderen Anhänger des Au-Klur-Klans-Bundes aus der Haft entlassen worden.

Strochheim gegen den Hinger Geses.

Auf Grund des Gesetzes für den Luftverkehr vom Jahre 1922 ist vom Gericht in Freiburg gegen den Hinger Geses ein Strafbescheid über 5000 Mark erlassen worden. Der Hinger befindet sich in der Strafanstalt des Landesgefängnisses. Die Deutschen sind rechts.

Der Staatsgerichtshof in Reval hat die Klage der Deutschen gegen die wegen des Beschlusses des estnischen Innenministeriums, die Weibler Kontingente mit allem Eigentum dem Staate zu übergeben, abgewiesen.

Tschechisch-polnische Zusammenwürfen.

Der tschechische Gesandte in Warschau stattete gestern dem polnischen Außenminister einen Besuch ab und informierte ihn über den Stand der tschechischen Gesandten in Berlin bei der deutschen Regierung.

Einführung lettlandischer Roggenzölle.

Das lettlandische Finanzministerium wird dem Minister-Ratets vorgeschlagen, den Getreidezoll über die periodische Vorzulagen. Durch diese Maßnahme soll das Finanzministerium die Landwirtschaft vor Schäden bei einem eventuellen Rückgang der Roggenpreise zu schützen.

Mitritt des albanischen Kabinetts.

Nach einer dem „Paris Soir“ aus Belgrad zugegangenen Meldung wird Albanien in die albanische Regierung zurückgetreten sein. Der Mitritt wird auf den Bericht des Ministerpräsidenten zurückgeführt, ein neues Kabinett unter Beteiligung aller albanischen Parteien zu bilden.

Kommunistische Propaganda in Marokko.

Paris, 23. Sept. Den Wätern wird aus Fez gemeldet, daß es dem kommunistischen Abgeordneten Doriot gelungen sei, über die algerische Grenze nach Marokko zu kommen. Die marokkanische Regierung forderte sofort nach Doroit, der sofort auf Grund eines Ausweisungsbefehls des Sultans nach Frankreich zurückgebracht werden soll.

Aus Stadt und Umgebung herbstlich.

Nun klingt der Herbstwind durch die Blätter, die sich geföhrt haben; schon raucht dieses Raub am Boden. Ein und wieder findet man schon einen tauben Vau und manchmal denkt man daran, daß es nun vorbei ist mit Sonne und Freude. Wir wollen den Kopf nicht hängen lassen! Diese trüben Tage müssen auch einmal ihr Ende haben, aber freilich haben sie uns den letzten Welt Sommer gebracht. — Amweibemmer bleibt nur noch übrig. Werden dieses Jahr die weißen Fäden von Buch zu Buch ziehen wie Schleierteuge?

Ich höre den Wind in den Pappeln rauschen; er erahnte von seinen Wanderflügen. Den Schmaldeinwärdern war er begegnet, als sie noch Säben zogen; den letzten Staren hatte er verführerisch die Flügel gehoben, damit sie keine Stuge finden auf den Leitungsdrähten. Den Menschen aber griff er ins Haar und rührte er ans Herz, daß auch sie die Wanderbesuchung überkam, um den Vögeln zu reifen und in ferne Länder zu ziehen.

Wind, du müder Weiber, laß dein Herbstlied; wir dürfen ja nicht mit, widerbleiben und uns aufreiben geben! Wenn jetzt noch ein paar schöne Tage kommen, wollen wir sie genießen, als wäre noch Sommer.

Eine Aufbaufklasse am Gymneum.

Die erste Stadtvorordnetenversammlung nach den Ferien wird sich neben dem bereits von uns mitgeteilten Vorlogem im Interesse anderer Anlässe entweder eine Frau an Gymneum zu betreffen haben. Die durch Errichtung dieser Aufbaufklasse entstehenden Kosten von etwa 1000 bis 1200 Mark sollen in den Haushaltsplan des Gymneums für 1926 aufgenommen werden. — In der Begründung des Magistratsantrages heißt es u. a.: Nach den Bestimmungen über die Umwandlung der Gymneen ist die Möglichkeit gegeben, an Gymneen in höherer Klasse eine Aufbaufklasse anzuschließen oder eine wissenschaftliche Aufbaufklasse anzuschließen. In zunehmendem Maße besteht nun bei den Schülern des Merleburger Gymneums das Verlangen, die Reifeprüfung abzulegen, da diese auch für weibliche Berufe in immer weiteren Umfang verlangt wird, dazu kommt für einige Schülerinnen das Verlangen nach dem akademischen Studium.

Die Aufbaufklasse, etwa gleich der Oberstufe eines Oberlyzeums, würde nun den erheblichen Vorteil bieten, daß die Eltern ihre Töchter gerade in der Entwidlung des 16. oder 17. Lebensjahres noch ein Jahr zu Hause behalten könnten, daß diese dann in Halle gleich in die Unterprima eintreten und nach zwei Jahren die Reifeprüfung ablegen könnten. — Die Zahl der in Frage kommenden Schülerinnen beträgt etwa 27. Sollte für diese Klasse eine Stelle nicht möglich werden, so würden von den entstehenden Kosten von 3600 bis 4000 Mark durch Schulgeld 1800 bis 2000 Mark gedeckt sein.

Mit Rücksicht darauf, hat der Direktor des Gymneums beantragt, bei dem hiesigen Gymneum zu Merleburg eine Aufbaufklasse einzurichten. — Die Eltern müßten natürlich für die ihnen durch die Errichtung der Aufbaufklasse erforderten Ausgaben und Unannehmlichkeiten ein höheres Schulgeld bezahlen. Wenn dieses nur 50 Prozent gegenüber den für die übrigen Klassen geltenden Schulgebühren erhebt würde, so wird nach Ansicht des Magistrats dadurch von den Eltern nur ein verhältnismäßig geringer Ausgleich für die ihnen gewährten Vorteile verlangt.

Auslegung der Wahllisten zur Provinziallandtagswahl.

Die Wahllisten liegen von Sonnabend, den 26. September, bis einschließlich Sonnabend, den 3. Oktober 1925, im Volksheimamt, Rathaus am Markt, Zimmer 2 (am Sonntag, den 4. Oktober, von 10 bis 12 Uhr) zur Einsicht offen. Während der Dienststunden zur Einsicht aus. — Da es bei der Kürze der Zeit und der großen Anzahl der Wähler vorzukommen kann, daß wahrheitsgetreue Verlesungen in die Wahllisten nicht vorgenommen sind, empfiehlt hier dringend, die Wahllisten einzusehen. Einprüche gegen die Wahllisten sind nur innerhalb der oben angegebenen Auslegungsfrist anzuführen. Sie sind im Volksheimamt zur Niederschrift des dort durch bestimmten städtischen Beamten oder durch besondere Eingabe zu erheben.

Wandergewerbe 1926. Verlesungen, die den Gewerbebetrieb im Wandergewerbe im Jahre 1926 fortzuführen aber zu begünstigen beabsichtigen, werden von der Polizeiverwaltung angefordert, die Anträge auf Erteilung eines Wandergewerbescheines möglichst Anfangs Oktober im Magistratsgeschäftsamt, Rathaus am Markt, Zimmer Nr. 19, zu stellen, weil bei der Menge der Anträge und wegen der erforderlichen werdenden Ermittlungen die Ausfertigung längere Zeit in Anspruch nimmt, und somit die Auszahlung der Scheine zu Beginn des neuen Jahres nicht gewährleistet werden kann. Verlesungen, die bereits im Besitz eines neuen Wandergewerbescheines für das laufende Kalenderjahr 1925 sind, haben diesen bei der Anmeldung vorzuliegen. Die Verwaltungsgebühr, welche je nach dem Umfang des Gewerbebetriebes und dem Werte der Handelsgegenstände 2 bis 10 Reichsmark beträgt, ist sofort bei Stellung des Antrages zu entrichten.

Beschäftigung von ausländischen Landarbeitern im Jahre 1926. Die Anträge auf Anstellung ausländischer Landarbeiter sind wie im Vorjahre bei dem jeweils zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis bis spätestens am 15. Oktober einzuliefern. Es liegt im Interesse der Landwirte, diesen Termin genau einzuhalten, da eine verspätete Einreichung der Anträge unter Umständen mit Nachteilen verbunden sein kann. Die Anträge sind auf vorgeschriebenen Formblättern zu stellen, die beim öffentlichen Arbeitsnachweis oder bei der örtlichen Geschäftsstelle des Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes erhältlich sind. Vordrucke aus dem Vorjahre dürfen nicht verwendet werden.

Das Fleischbeschauamt ist vom 1. Oktober d. J. ab geöffnet wertags von 8 bis 8 1/2 Uhr vormittags, von 12 bis 12 1/2 Uhr mittags und 2 bis 2 1/2 Uhr nachmittags. Sonntags und an gelegentlichen Sonn- und Feiertagen bleibt das Fleischbeschauamt geschlossen.

Grubeberichtigung. Der am 28. 12. 1924 geborene Zugsheber der Halle „Deutsches Belvedere“ weiß, der Landwirt Friedrich Erbs, hier, Glosbauer Str. 3, ist am 8. 9. 1925 Klasse II angefordert worden. Auf die Polizeiverordnung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 30. Januar 1925 — Amtsblatt der Stadt Merleburg Stadt 17 v. 6. 5. 1925 — wird hingewiesen.

Ein Vernehmlichvernehmung findet am Freitag, den 25. September, nachm. 5 Uhr, seitens des Magistrats statt. Interessenten verjammeln sich in der Geisler Straße. **Antsdorrmann.** Wie uns der Magistrat mitteilt, ist dem Magistratsoberleiter Meuche die Ausübung der vormundschaftlichen Vorgesetzten für Wälder, für die das hiesige Amtsdorrmannamt zuständig ist, als beantragter Amtsdorrmann widerruflich übertragen worden.

Letzte Depeschen

Eigene Radiomeldungen.

Der Ruf nach Mussolini.

London, 23. Sept. Im „Sunday Pictorial“ liest der bekannte englische Schriftsteller Begbie Englands Rettung aus der Staats- und Wirtschaftskrise allein in einem Staatsmann wie Mussolini, der den Mut hat, mit fester Hand eine von ihm selbst definierte Politik zu treiben. Die englischen Wirtschaftskapitalen hätten bei der französischen Politik der Regierung in Vertreibung jedes Zutrauens in Mussolini verloren. Die Regierung müsse sich zu Taten aufraffen, um das alte Vertrauen erst wieder zu gewinnen.

1600 Kommunisten in Italien verhaftet.

Rom, 23. September. Die italienische Polizei setzt die Kommunistenverhaftungen fort, die bisher zusammen die Höhe von 1600 Gefangenommen erreicht haben. Es sollen bis ins Einzelne gehende Pläne gefunden worden sein, nach denen durch Provokation der Faschisten in nächster Zeit der Bürgerkrieg in Italien ausbrechen sollte.

Die Lage in Bulgarien.

Berlin, 23. September. Die bulgarische Gesundheitskraft teilt folgendes mit: Nachdem der bulgarische Kriegsminister das Verbot der öffentlichen Versammlungen aufgehoben hat, erklärte der Außenminister Kuffeff Pressevertretern gegenüber, daß er den Belagerungszustand in Bulgarien, der nach dem Attentat verhängt wurde, bald aufheben wird. Das politische Leben Bulgariens wird sich bald wieder in normalen Bahnen bewegen können. Das Land ist vollkommen ruhig und die Hoffnungen jener agrarökonomischen Emigrantenteile, eine neue Auffandsbewegung im Oktober herbeiführen zu können, sind völlig aussichtslos.

leben allgemeine übliche Verzögerung wäre der Grund zu der Verzögerung gewesen, ist im Irrtum. Kein, diesen Besuchern vor der Anfang zu pünktlich geseien, sie waren erst, weil sie nicht mehr eingeladen wurden. Das sollte man aber doch erwarten können, daß ich ihnen rechtzeitig die Begrüßung des Theaters einstellt. Oder sollten sich die Pflichten wegen der wenigen Säuglinge vor gelohenen Vorhang mögen, bis der letzte Abend zu kommen gerührt? Es wäre nur zu wünschen, daß sich die Theatervereinsleitung nicht irren machen läßt und auf diese Weise ein kleines Geringfügigkeit wert zur Pünktlichkeit leitet.

Lageskalender.

Donnerstag, 24. September. Theater: 2. Pflanzvorstellung, „Toller“, „Toll“, abends 1/8 Uhr.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Aus unserer Nachbarstadt Halle.

Der Mord an dem Stahlwerker Vieckow vor Gericht.

Halle, 23. September. Vor dem hiesigen Schöffengericht stand gestern der Arbeiter Karl Ulrich wegen Totschlages eines Stahlhelmliebdes. Der Angeklagte, ein wegen Gewalttätigkeiten, Diebstahls und anderer Straftaten schon mehrmals vorbestrafter Mensch, hatte in der Nacht vom 17. Mai den Kaufmann Vieckow im Verlaufe eines Streites mit Stahlhelmliebdes, den der Angeklagte mit noch einigen Frontkämpfern angezettelt hatte, durch einen Vordring des Kopfes derart getroffen, daß dieser auf die Vordringelle der Straße fiel und bald darauf verstarb. Der Angeklagte gibt die Tat zu, behauptet aber, daß er bei Begehung der Tat berufen gewesen sei. Er hätte sich aber nicht an der Tat beteiligt, sondern nur die Handlung des Schlägers auszuführen. Die Angeklagte wurde ihm zu nahe gekommen. Da der Angeklagte lediglich als Kaufmann gehandelt habe, hielt der Staatsanwalt eine hohe Justizstrafe für angebracht, da er sich auch durch keine Vorfragen nicht gebessert habe. Darauf rief der Angeklagte dem Staatsanwalt zu: „Ich werde in 3 bis 4 Monate nachschleichen.“ Der Staatsanwalt hat 6 Jahre 3 Monate beantragt. Als der Verteidiger seine Verteidigungsrede begonnen hatte, brach der Angeklagte infolge Krämpfe zusammen. Die Verhandlungen mußten deshalb auf Sonnabend vertagt werden.

Strohmanfall. Auf der Leipzigerstraße wurde ein Mann von einem Personenträger, der einen anderen Kraftwagen in übermäßig schneller Fahrt überholen wollte, angefahren und zu Boden geworfen. Der Verunglückte erlitt erhebliche Verletzungen und wurde der Klinik zugeführt.

Vom Baum abgestürzt. Auf der Burgstraße stürzte ein Gärtner in einem Baum, an dem er fleise ablegen wollte, aus 6-7 Meter Höhe auf das Straßenpflaster herab. Er zog sich eine klaffende Wunde am Kopf zu, wurde durch einen hinzukommenden Polizeibeamten verbunden und in bewusstlosen Zustand dem Diakonissenhaus zugeführt.

Anfall oder Selbstmord? Am Fiedrichsplatz wurde ein junger Mann in der Nähe seiner Wohnung auf einem Stuhl sitzend, tot aufgefunden. Der Gasapparat war halb geöffnet. Ob Unfallsfall oder Selbstmord vorliegt, konnte nicht festgestellt werden.

Passendort b. Halle. Radunfall. Hier stieß ein Motorradfahrer, der den Ort durchfuhr, mit einem Waghäuser zusammen. Der Radfahrer verlor die linke Seite, die ihrer ganzen Beschöpfung wegen allerdings von allen Radfahrern getragene. Durch den heftigen Zusammenstoß wurde das Fahrrad zertrümmert; aus dem Motorrad erlitt starke Beschädigungen. Der Radfahrer wurde beträchtlich am Kopf verletzt.

München. Weil sie nicht sofort eine Wohnung erhielt, riefte eine hiesige Aufzuchtbesitzerfamilie ihren wadeligen Wohnwagen vor die Tür des Bürgermeisters. Als der Polizeibeamte, der mit dem Waghäuser des Wagens beauftragt war, den Wagen durch einen Zufahrtsnehmer anspannen ließ, wurde er von der wütenden Waghäuserin, der Gehfrau, angegriffen; die Uniform wurde ihm völlig zerrissen.

Aus dem Reich.

Seine Frau ertränkt. **Altenburg, 23. Sept.** Der dem Trunke ergabene und als roh bekannte 33 Jahre alte Bergarbeiter Urbanski drang in die Wohnung der Pflegemutter seiner um 20 Jahre jüngeren Frau, die ihn verlassen hatte, ein. Die Pflegemutter ließ unbehelligt auf die Straße, um einen Polizeibeamten herbeizurufen. Während dem gelang es Urbanski, seine Frau, die sich ihm entgegenstellte, zu ertränken. Die Leiche wurde an einer Unterredung zu öffnen. Sobald die Frau geöffnet hatte, fand er mit einem Taschenmesser auf seine Frau ein.

Zur Lage in Albanien.

Belgrad, 23. Sept. Wie die „Politika“ aus Tirana erfuhr, haben zwölf Senatoren ihr Amt niedergelegt, so daß der Senat jetzt nur noch 16 Senatoren zählt. „Bravos“ wertvollste Meldungen aus Albanien, wonach die Ilirischen dort ersten Umfang angenommen haben. Das Blatt meldet, daß Sturati von bewaffneten Banden entnommen wurde. Griechenland, Jugoslawien und Italien beschließen sich mit der Idee einer Intervention in Albanien. Eine diplomatische Ausdrücke hierüber ist im Gange.

Cailloux' Ankunft in New York.

New York, 23. Sept. Heute morgen ist der Dampfer „Paris“ mit der französischen Schuldenkommission an Bord in New York eingetroffen. Abends wird die Kommission in Washington ankommen und morgen von Coolidge empfangen werden.

Allgemeine Mobilmachung der Druzen.

Paris, 23. Sept. Aus Ghasale (Syrien) wird gemeldet, daß Sultan Atschraf die allgemeine Mobilmachung sämtlicher Druzen im Alter von 16 bis 60 Jahren angeordnet hat.

China vor Jähren Kämpfen.

London, 23. Sept. „Daily Telegraph“ spricht anknüpfend die Befürchtung aus, daß China vor einem schweren Kampfe stünde. Der Bürgerkrieg habe niemals aufgehört seit dem Zusammenbruch der Monarchie und England hätte den bringenden Wunsch, China, wie Ghanderlain gelangt habe, fort, einig und unabhängig zu sehen. Aber die Stellung Chinas könne nur von den Chinesen ausgehen. Aus Moskau wird berichtet, daß der tschinesische General Gau-Zung-Tschu, der Oberbefehlshaber unter Sunpatien, geflohen ist und daß seine Truppen entzweit worden.

Die Frau, der das Messer im Leibe steckte, ließ auf die Straße und brach bewußtlos zusammen. Einige Stunden später starb sie im Krankenhaus. Der Mörder wurde verhaftet.

Mageburg. Von der Eisenbahnbrücke abgestürzt. Die Moler Albrecht und Gerlach stürzten mit einem Gerüst von der Berliner Eisenbahnbrücke ab. Der Gerüst erlitt einen Bruch und kippte über. Die Brücke wurde durch und schwere innere Verletzungen. Die Verunglückten wurden dem Krankenhaus verlegt.

Berlin. Bevorstehender Kleinenprozess. Am 12. Oktober soll hier ein Prozess mit einem Kleinenprozess von Zeugen gegen den Lehrer Döbner, der unter der Anklage des Betruges steht. Es sollen über 100 Zeugen geladen sein. Hauptgegenstand des Prozesses wird das sehr umstrittene Gebiet der Delleberei und der Telegrafie sein, auf dem die Döbner hart betätigt haben soll. Als Sachverständige werden namhafte Personen der Wissenschaft herangezogen sein.

Mansfeld. Heirat eines Heiratsschwindlers. Hier wurde der angehende Bergmeister Karl Geißler wegen Betruges durch Heiratsschwindel festgenommen. Wie bei jetzt feststeht, verdrang er hiesigen und auswärtigen Heiratsschwindlern die Ehe, um dadurch finanzielle und wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Geißler gab sich, um seiner Werbung nachdruck zu verleihen, als Rentner a. D. aus.

Mahrenleben. Ein Moorbrand ist in den Seemieten weithin aufgefressen entstanden. Zeits ist der Brand schon an die Erdoberfläche getreten, reis vollzieht er sich noch unter der Erde. Das Ganze macht den Eindruck einer riesigen Grube. Zumeilen entwickeln sich große Rauchschwaden. Das Feuer hat deshalb große Wirkung, weil es sich nicht nur am Moor, sondern auch um Braunkohlen-Grube handelt, die bis an die Erdoberfläche reicht.

Schwelm. Typhusepidemie. In Wolfdorf ist eine Typhusepidemie ausgebrochen; bis jetzt sind etwa 30 Personen erkrankt und zum Teil ins Krankenhaus übergeführt.

Neuhaldensleben. Altertumsfund. In einer Sandgrube wurde hier eine gut erhaltene Urne gefunden, deren Alter auf 3000 Jahre geschätzt wird.

Göschitz. Vom Auto getötet. Auf der Straße Gangerhausen-Nordhausen wurde die Frau des Gutswirtschafters, als sie die Gänge von der Straße jagen wollte, von einem Auto erfaßt und tödlich verlest.

Leipzig. Verletzung eines Mannes. Ein Arbeiter Selterhausen fuhr ein fahriges Handcar mit seinem Fahrrad an einem Straßenaufwärt und wurde dabei schwer verletzt. Nach Anlegung eines Verbandes wurde er zunächst nach seiner Wohnung und später nach dem Krankenhaus gebracht, wo er an inneren Blutungen gestorben ist.

Aus aller Welt.

Präsident Coolidge beinahe überschlagen.

Washington, 22. September. Als Präsident Coolidge einen Spaziergang durch die Straßen einer Vorstadt Washingtons unternahm, wurde er beinahe von einem Automobil überschlagen und konnte sich nur durch einen Sprung retten. Geheimpolizisten, die den Präsidenten begleiteten, verhafteten den Chauffeur, der wegen Verletzung der Verkehrsbestimmungen vor Gericht zu erscheinen haben wird.

Ein einjähriger Zögler in den Grund gebürt. Der einjährige Viermalstägiger „Lena“ wurde von dem Dampfer „Diana“ bei dem Feuerlöcher von Gießen in den Grund gebürt. Die acht Mann starke Besatzung der „Lena“ wurde von der „Diana“ gerettet und in Soltau an Land gebracht.

Stadttheater Halle.

Mittwoch, 7.30 Uhr. Die heilige Johanna. Dramatische Chronik in sechs Szenen und einem Epilog v. Bernard Shaw.

Donnerstag, 7.30 Uhr. 3. Vorstellung für Donnerstag-Stammkarten. Das Glöckchen des Eremiten. Komische Oper von Alce Mailart.

Freitag, 7.30 Uhr. 3. Vorstellung für Freitag-Stammkarten. Gräfin Mariza. Operette in drei Aufzügen von Emmerich Kallman.

Sonnabend, 7.30 Uhr. Judis. Eine Tragödie in fünf Aufzügen von Friedrich Schiller.

Sonntag, 7.30 Uhr. Gräfin Mariza. Operette in drei Aufzügen von Emmerich Kallman.

Montag, 7.30 Uhr. 1. Ständ. Sinfonie-Konzert.

Herausgeber: Ludwig Rals.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil einschl. des Bilderschlagens: Karl Jung. Spoot und Anzeigen: H. Mann. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt S. Rals, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

WALHALLA, Halle

Direktion Ad. Vogel. Tel. 8385.

Heute und folgende Tage

Otto Reutter

Dazu: eine Anzahl internationaler Variet -Neuheiten

Anfang 8 Uhr. **Gew nliche Preise** Vorverkauf ab 11 Uhr ununterbrochen.

Heute **Gesellschaftsabend und Tanz** MULLERS HOTEL

Gernt Esperanto!

Donnerstag, den 24. September beginnt ein neuer Lehrgang der Welthilfssprache im "Lidol", Zimmer 4, abends 8 Uhr. Deutsch. Esperantobund, Ortsgruppe Merseburg

Gestrickte **Damen-Jacken** in Wolle und Kunstseide Jumper - Blusenschoner Berchtesgadener - Jäckchen empfiehlt in reicher Auswahl und vielen modernen Farben preiswert **H. Schnee Nachsfl.** A. & F. Ebermann Halle a. S., Gr. Steinstr. 34

Aus laufend eintreffenden Transporten stehen zu jeder Zeit in unseren Stallungen **prima hochtragende**



Schlacht - Vieh wird zu höchsten Tagespreisen oder auf Wunsch zur bestm glichsten Verwertung für Bedienung des Eigentümers angenommen. **Ein- und Verkaufs-Verein Kötschau.**

Vom Freitag, 25. Septbr. ab **wohne ich**

Kallesche Straße 9, Eingang Bahnhofstr.

Sprechzeit wie bisher: 8-10 und 5-6 Uhr. Mittwoch und Sonnabend 8-10 und 2-3 Uhr. - Um zugunsten halber fällt am Donnerstag, 24. Sept., die Sprechstunde am Vor- und Nachmittag aus.

Dr. med. Ehrhardt.

Vn. Speisekartoffeln (Industrie- und wei fliche Sorten). **Gesunde Gindeckware.**

1 Ladung Speisekartoffeln (vom Sandboden) **a Zentner M. 3.-** Lieferung frei Haus.

K. Freygang, Gr. Ritterstr. 5. Telefon Nr. 484.

Speisekartoffeln (Industrie), gelbfleischig, gibt ab frei Haus zu 3 7/8 Mk. pro Ztr.

Rittergut Creppau.

Kundgebung

gegen die Kriegsschuldfrage von Versailles und gegen die Wirtschaftslage des Marxismus : am Sonntag, den 27. September 1925, vorm. 1/2 10 Uhr im "Lidol".

(Bei Aberf llung findet im "Kaffee" zur selben Zeit eine Parallelerammlung statt.)

Es sprechen: Oberstleutnant Düsterberg über **"Unser Kampf gegen Versailles"** und Reichstagsabgeordneter Leopold über **"Unser Kampf gegen den Marxismus"**.

Wir laden hierzu die nationale Arbeiterchaft (Männer und Frauen) von Merseburg und Umgebung herzlich ein. Die Mitglieder unseres Vereins bitten wir, schon um 9 Uhr im "Lidol" zu sein zur Entgegennahme der Bekanntmachungen des Vorstandes.

Werkverein Ammoniakwerk Merseburg. Nicolaus Schäfer, 1. Vorsitzender.

Das Nationalpolitische Kolleg

ladet seine Mitglieder und Freunde zu obiger Kundgebung ein und bietet ein vollständiges Ersehen.

Programme sind umgehend in unserem Büro, S a n d 1, zwischen 2 und 6 Uhr nachm. anzufordern.

Mit deutschem Gr u  **Nicolaus Schäfer.**

Leistungsfähige Nordhäuser Kornbrennweinbrennerei und S kfabrik sucht für Merseburg und Umgegend bejehungsf higen und l chtigen

Vertreter.

Gest. Angebote unter Angabe von Referenzen erbeten Postfach Nr. 140 Nordh usen.

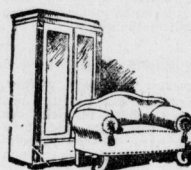
Rahma buttergleich

Sie lernen etwas Unsch zbares kennen für K che und Tafel, wenn Sie "Rahma Margarine buttergleich" probieren. - Worte sind überflüssig. Ein einziger Versuch beweist es Ihnen. Die "Rahma", mit feinsten Frischmilch aufs sorgfältigste und sauberste hergestellt, kostet nur halb soviel wie Butter. Es lohnt sich!

1/2 Pfd. nur 50 Pfg

Kinderzeitung "Der kleine Coco" oder die Lachzeitung "Fip" gratis.

Ins traute Heim



gehören Möbel. Wenn das Geld zu neuem nicht reicht, kauft man gebrauchte; durch eine "Kleine Anzeige" im **Merseburger Tageblatt** werden sie gefunden.

1 Drillmaschine

1,88 m mit Kettensteuer, 14 Hk. (Zimmermann Schubring) gebraucht aber wie neu aufgearbeitet verkauft

Friedr. Pfeiffer landw. Maschinen u. Geräte, Obere Breite Str. 16.

Drainierrohre

in bester Ware sind vorrätig bei

Eugen Hülsmann, Fabrik Wittenberg bei Burg.

Feinkost-

Vertretung e. leistungsf. Hauses f. eingef. Artikel (Alleinverleiher) an t cht. Herrn in guten Refer. zu vergeben. Angeb. ent. 240/25 a. d. Exp. d. Bl.

Möbliertes

Zimmer

(evtl. unmobiliert)

von jungem, kinderlosem Ehepaar zu mieten gesucht. Offerten unter A. F. an die Exped. dieses Blattes erbeten.

Familien nachrichten aus Merseburg und Umgegend.

Verm hlt. Werner Seidel u. Frau Irma geb. Helm, Weissenfels; Arthur Steudel u. Frau Maria geb. Heibelbach, Weissenfels.

M.R.-G.

Heute, Mittwoch, von 5 Uhr nachm. ab

Konzert im Vortshaus.

Gartenbau-Verein "Zur Erholung" Merseburg.

Freitag, den 25. d. Mis., abends 8 Uhr,

Derstellung im "Lidol". Der Vorstand.

Emaillie Reinigungs-Pulver "Kalypso"

für K che, emaill. Badewannen u. alle emaill. Gef e u. dergl. empfiehlt **Karl Heber, Gohlhardstr. 23**

Bauplatz in Merseburg zu kaufen. Offerten unter 624/25 an d. Geschäftsst. Gohlhardstr.

1000 Mark sucht Gesch ftsman auf längere Zeit aus Privat wegen Sicherheit u. Zinsen. Angebote u. D. E. 627/25 an die Exp. d. Blattes.

Junges Mädchen pers. in Schreibmaschine, sucht Beschäftigung für nachm. im Büro. Off. u. S. S. 628/25 a. d. Exp. dieses Blattes.

Junges, anständiges Mädchen (20 Jahre) sucht Stellung in gutem Haushalt zum 1. Oktober. Offerten unter 241/25 a. d. Exp. d. Bl. erb.

Dienstmädchen oder einfache Stütze für gutb rgl. Haushalt zum 1. Oktober gesucht. Aufwartung vorhanden. Angeb. unter L. B. an die Geschäftsst. d. Bl.

B do lohnt sich! Gerade weil es so ausgiebig ist und so schnell! Hochglanz erzeugt! Ihre Schuhe halten auch viel länger. An Qualität kommt ihm nichts gleich. Es gibt nichts besseres für Ihre Schuhe!

Bayerische Kritik am Zentrum.

Eine Rede Dr. Seims auf dem Zentrumsfest in Bamberg. Auf der wichtigen politischen Kundgebung des einflussreichen bayerischen Zentrums...

Die Gefahr verbunden, daß sie eines Tages durch Bündnisse irgendwelcher Art an die Wand gedrückt werden.

Ich muß dabei ein offenes Wort auch an gewisse Leute in Bayern, vor allem an einige Geistliche in Franken richten. (Der Redner spielte damit auf Verträge einer Wiedervereinbarung der Bayerischen Volkspartei mit dem Zentrum an...

funden. Mit dieser vertrauensvollen Mitarbeit aller Schichten des Volks wird es gelingen, die harten Schäden zu beseitigen und zu überwinden...

Indem ich Sie noch bitte, allen an diesen Veranlassungen aus Anlaß dieses Weltfestes beteiligten Beamten, insbesondere aber der Schutzpolizei, meine Anerkennung und meinen Dank für ihre Mithilfe und Ihre musterhafte Haltung auszusprechen...

Dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz hat der Reichspräsident seinen Dank in einem öffentlichen Telegramm ausgesprochen.

An den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf ging folgendes Dankschreiben:

Hochverehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Waise an Rhein und Ruhr hat nunmehr ihr Ende erreicht und mit einer großen Fülle schöner und nachhaltiger Eindrücke hinterlassen.

Der Oberbürgermeister von Bochum erhielt folgendes Dankschreiben:

Hochverehrter Herr Oberbürgermeister! Während meines Aufenthaltes in Bochum ist mir sowohl von der Stadterhaltung, als auch von der Bevölkerung ein so warmes, herzliches Willkommen bereitet worden...

Protest gegen den polnischen Terror in Oberschlesien.

Wie aus Neuzin gemeldet wird, hatten die Vertreter der Angehörigenorganisationen und zwar des deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes...

Den Bestrebungen auf einen Preisabbau stehen vor allem die hohen Zölle entgegen. Dann die Tatsache, daß heute viel zu viele Leute handeln...

Der Redner schloß: Wir hatten an der alten Lieberlieferung fest, lassen uns nicht durch die Revolution und die Republik von unserem Eid entbinden...

Hindenburgs Dank an die Ruhr und Rheinlande.

Der Reichspräsident hat an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen nachstehendes Schreiben gerichtet: Hochverehrter Herr Oberpräsident! Nach Rückkehr von meiner Reise ist es mir ein lebhaftes Bedürfnis...

Die größere Schuld.

Roman von Reinhold Dorman. Nachdruck verboten.

22) Fortsetzung. Das wurde rot wie ein junges Mädchen. Und unwirsch sagte er: „Das meine ich nicht. Nicht das — die junge Dame — den Herren sollen Sie sich ansehen. Der verfolgt mich nämlich förmlich. Dies ist ungefähr das zehnte Mal daß ich ihn treffe...“

Eine Anrede warteten sie nicht ab, sondern gingen ruhig weiter. In der Tür aber wandte sich das junge Mädchen...

„Ja nein,“ sagte Doktor Wahr beglücklich. „Wie schön sie rot werden können, Torildson!“ „Ja?“ fragte das Mädchen in schlicht gelächeltem Erstaunen...

die Sonne als erste aufgehen zu sehen, andere waren noch früher aufgestanden als sie. Sie taten es den anderen nach...

„Was schauen denn alleweil auf die Tür, Torildson?“ — Sie sind ja schön da. — „Was? — Wer ist da?“ fragte Frau verwirrt, und hastig sah er sich um. Der Freund lächelte vergnügt.

Doktor Wahr sah noch einmal zu dem anderen Tisch hinüber, nun doch etwas fester interessiert. „Wie ein Mann schaut er aus.“ er teilte er, was ungewöhnlich ein Lob sein sollte.

„Doch,“ meinte Herr N. — „Bei Nacht geb’n — Schätze is auf der Bahn. Wer net ganz sicher is — daß hat abfahr’n!“ Sein is leichter Brod’n is gefüllt.

Das er für unmöglich gehalten hätte, das erreichten sie wirklich: bei der Menschengruppe, die sich an der Abfahrtsstelle gesammelt hatte, fanden sie ihre Fremden noch. Aber nun fragte der Doktor Wahr, Bitterkeit und Groß im Herzen...

Bilder aus der preußischen Justiz.

Die Betrachtungen über den Staatssekretär Dr. Weismann bringen zunächst zu einer gewissen Erklärung der Haltung des Justizministeriums. Es ist allgemein bekannt, daß die Macht des Staatssekretärs Weismann in allen preußischen Ministerien eine große ist. So hat er auch einen Einfluß auf das Justizministerium. Daraus zeigt der Fall Gutzjahr, wie die Spitze eines Scheitels sein kann, die aber nicht über den Minister hinaus geht. Ihn mehr oder weniger unfreiwillig, vielleicht auch unbedacht, zum Geheiß für die Belange der S. P. D. gestalten. In seiner politischen Karriere hat Dr. Weismann auf rousse geartet; im Fall Gutzjahr hat er deutlich gezeigt, wie er seinen Mitbürgern auch gelegentlich mit einer gewissen Stärke auszuweisen versteht.

Dem es war seine unflüchtige Hand, die den Herrn Justizminister Dr. am Jahnhoff geschickt lenkte, als nach Einreichung der Anklageschrift des Generalstaatsanwalts Lindow beim Landgericht I an die Strafkammer pöbellich der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht den Auftrag erhielt, die Anklage zu unterbreiten, ob sie auf genügend festen Füßen stehe, ehe in der Hauptverhandlung der Fall. Der vom Generalstaatsanwalt des Kammergerichts bestellte neue Bearbeiter, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Burghardt, fand denn auch heraus, daß die Anklage gegen Elz und Geisler nicht zu halten sei, und so wurde sie nieder-gelegt, wie man im Volksmunde sagt. Selbst ein so wichtiger Jurist wie Herr Burghardt, der früher als Staatsanwalt und jetzige Ministerialdirektor Dr. Falk, konnte als Zeuge vor dem Barmst.-Untersuchungsausschuß nur sagen, die Sache sei im Lande verlaufen. Wie das formaljuristisch gemacht wurde, werden wir demnächst hören. Wichtig war für Herrn Dr. Weismann und seine politischen Freunde, für den sogenannten „Preis um Verhauer“, daß der Herr Weismann die Anklage der Staatsanwaltschaft Dr. Gutzjahr aus Berlin verband. Man versetzte ihn als Hilfsarbeiter an das Reichsgericht. Der von einem so erfahreneren Wechsel betroffene Jurist betrachtet ihn immer als eine ganz besondere Auszeichnung. Es handelte also die Verlegung, die als weitere Stufe für eine ausgezeichnete Karriere galt, die dem Herrn Burghardt, im freistehenden Widerspruch zu dem Befehl des Herrn Burghardt.

Welches waren die Anklagepunkte, die zur Erhebung eines Disziplinarverfahrens gegen Dr. Gutzjahr führten? Das freisprechende Urteil sagt darüber:

1. Die von Georg und Heinrich Elz, zum Teil unter Anführung Leutnants von Weisner, durch den Prozess als politisches Agitationsmaterial gebrauchte Mord, daß er insbesondere Verlesung von Schriftstücken erwirkt habe, die nach Ansicht des Anzeigers nur politisch interessierten, für die Unterlegung aber bedeutungslos seien.
2. Verleugung der Einleitung des Strafverfahrens aus politischen Gründen, die Wahlen vorüber seien.
3. Verleugern der Aussagen über den neuen Reichstag und die Minister des neuen Regimes und herabsetzende Behandlung der sozialdemokratischen Minister.
4. Verleugern der Verletzung der Strafprozessordnung und anderer Strafrechts, wegen Voreingenommenheit gegenüber den Mitgliedern der Familie Elz, schlechter Behandlung derselben und der Zeugen, die günstig für sie ausgesagt haben.

Eine hübsche Wäntelerei! Nur müßte die Anklage — wie das Urteil ausdrücklich festgelegt — nach Abschluß der eingehenden Unterlegung einen großen Teil der in den Eingaben der Brüder Elz erhobenen Anklagepunkten von der Sache sein für ungenügend erachtet und deshalb fallen lassen. Die Fälle in der Gegenwart der Gelegenheit aber ist, daß der Staatsanwaltschaft Dr. Gutzjahr vor Erhebung des Verfahrens gegen ihn wegen dieser Anklagepunkte nicht gehört wurde. Die Macht der Mitglieder der Familie Elz war so groß, daß der Herr Justizminister ihrem Willen vordringen ließ. Am 7. Mai 1920 empfing der Herr Justizminister die Eingabe des Herrn Elz, Mai 1920 erwiderte er das Disziplinarverfahren an, am 14. Mai 1920 ergießt der Anklagepunkte den Einleitungsbeschluss. Nicht ausgehört aber wurden ihm die Elz'schen Anklagepunkte. Er wußte also gar nicht, um was es sich eigentlich handelte. Offenbar nahm man im Justizministerium an, der angeklagte Staatsanwaltschaft würde sofort zusammenstürzen. Die Führung der Sache Elz in andere,

gefälliger Hände zu legen, und dann wäre alles in Ordnung gewesen. Dr. Gutzjahr aber war unbedarft. Er wollte den substantiierten Inhalt der Anklagepunkte wissen. Das geschah erst am 16. Mai.

Wohin aber über mußte jetzt die Unterlegung gegen Dr. Gutzjahr auch geführt werden. Und nun wollte man mit allen Mitteln gegen ihn vorgehen. Aber auch die wenigen Anklagepunkte, welche man hatte bestehen lassen, erwiesen sich hinterher als haltlos.

Dr. Gutzjahr hatte im Dezember 1919 zwei Berliner Redakteure vernommen, die ihm folgen hieß den Angaben des übermüdeten über den höchsten Ruf des Heinrich Elz auszusprechen. Bei dieser Gelegenheit hatte Dr. Gutzjahr gesagt, daß Heinrich Elz schon seit vielen Jahren der Behörde bekannt sei, daß man über bisher verlegbar verurteilt habe, ihn zu fassen. Er hat weiter, als von den Zeugen die Tätigkeit des Heinrich Elz in Berlin vorliegend, erzählt, er habe von einem Kollegen erfahren, daß Heinrich Elz im Polizeipräsidium unter Elshorn tätig gewesen sei, daß man diesen vor Elz genannt habe, daß aber Elshorn geantwortet habe: „es sei ihm sehr lieb, von Elz loszukommen, da dieser ihm, d. h. für Zwecke des Polizeipräsidiums, eben erst ein Hindernis war.“

Es ist nun zu begreifen, wie das freisprechende Urteil diesen Worten, die Elz in dem Fall Gutzjahr nicht nur seinen Vorwurf, daß er sein privates Wissen in dieser Weise verwendet habe, sondern selbst ausdrücklich fest, daß der Zweck der Vernehmung der Redakteure ein Verstoß der Staatsanwaltschaft gewesen sei, Vertreter der Presse, die sich bereits mit der Angelegenheit Elz beschäftigt hatten, zu verurteilen. Das Urteil sagt: „Daß der Angeklagte hierbei sich auch über dasjenige, was ihm bekannt war, ausgesprochen hat, kann nur gebilligt werden, wenn die Verlegung seiner Amtspflichten liegt nicht vor.“ Mit diesen Worten hat der höchste preussische Disziplinarhof nicht nur die Zufälligkeit, sondern auch die Notwendigkeit des Disziplinarverfahrens anerkannt.

Gerade dieser Teil des Erkenntnisses des Disziplinarhofes dürfte auch auf den Fall Caspar-Stumpff Anwendung finden.

Der Vorwurf, daß Gutzjahr Mitteilungen aus den Akten an Elz gemacht hat, konnte ebenfalls nicht aufrechterhalten werden. Die Anklagepunkte sagten in der Sache, daß Gutzjahr sich einmal über eine Zeugnisaussage Scheidemanns, die dieser in einem anderen Prozess gemacht hatte, bezog. Er hatte gesagt, „daß Scheidemann den Mund etwas voll genommen habe.“ Das Urteil stellt fest, daß diese Verleugnung sich auf einen Vorgang bezogen habe, den Gutzjahr in privater Eigenschaft beobachtet habe. Elz hätte nur die Verleugnung der Wahrheit, nicht die Verleugnung als eine Stellungnahme der Staatsanwaltschaft hätte gefaßt werden können. „Aber nicht jede Verleugnung eines Beamten, die bei einer Nachprüfung seines Verhaltens als nicht ganz sachgemäß erscheint, rechtfertigt deshalb allein eine disziplinarische Verurteilung.“ — Überigens ist dieses ein zeitgeschichtliches Dokument für die Geschichte der Elz'schen Anklage. Es zeigt, wie der Herr Elz, der ein Beamter nur die Verleugnung macht; Scheidemann hat den Mund etwas voll genommen“, so ist das schon Anlaß zu einem Disziplinarverfahren!

Am ausführlichsten behandelt das freisprechende Urteil die angeklagten herabsetzenden Verurteilungen Gutzjahr über die Angelegenheit der Elz'schen Anklage. Es stellt fest, daß diese Verurteilungen in der Sache, die Elz'sche Anklage, die aus dem Zusammenhang gerissen, anfechtbar erscheinen, können trotzdem nach dem Gange der Verhandlung durchaus sachgemäß gewesen sein. Schon hieran würde der Verlauf, eine disziplinarische Verurteilung zu rechtfertigen, nicht genügen. Es ist also, was die Angeklagten durchweg gefordert, nachzuweisen, daß es sich um eine Verleugnung der Wahrheit handelt, die Elz'sche Anklage.

Gutzjahr hatte unter anderem Herrn Scheidemann, als dieser eine Handlungsweise des Elz zu rechtfertigen wollte, klargestellt, daß Scheidemanns Aussage stets rechtlich unzulässig sei. Ferner hat Gutzjahr zu Georg Elz geäußert: „Was hier in dieser Angelegenheit schon alles mit mir verjagt worden ist, ist unerträglich. Wenn die Sache

vorbei ist, werde ich es mir überlegen, ob ich unter dieser Regierung noch weiter diene. Die Unabhängigkeit der Justiz ist nicht mehr gewährleistet.“ Dr. Gutzjahr gab an, daß diese Verleugnung nicht auf die Justizverwaltung zielen sollte, sondern es habe sich bei seiner Bemerkung um eine Abwechslung gegenüber allerhand Mächtigkeiten gehandelt, durch die von anderer Seite verurteilt worden sei, in den ordnungsmäßigen Gang der Rechtspflege eingegriffen.

„Für die seine Erklärung schließt es nicht an, daß die Justizverwaltung nicht auf die Justizverwaltung zielen sollte, sondern es habe sich bei seiner Bemerkung um eine Abwechslung gegenüber allerhand Mächtigkeiten gehandelt, durch die von anderer Seite verurteilt worden sei, in den ordnungsmäßigen Gang der Rechtspflege eingegriffen.“

Das Urteil stellt fest: Gutzjahr hat über die Verurteilungen Weismanns dem Justizministerium Bericht erstattet, das Justizministerium hat auf den Bericht nichts veranlaßt; deshalb habe sich Gutzjahr geäußert, sich selbst zu wehren und zu diesem Zwecke die in Frage stehende Verurteilung gegenüber Elz gemacht, indem er als früher vorgezeigt habe, daß Elz sie an seine Mitminister weitergeben werde.“

Die Erwähnung der Angelegenheit an Georg Elz, dessen Unterminister wissen zu lassen, wie er über sie denke, der richtige gewesen sei, aber auf seinen Fall verdiente es dem Dr. Gutzjahr, daß er sich gegen die Mächtigkeiten mit Entschiedenheit wehrte.

Wir möchten die Frage aufwerfen, wie er sich sonst hätte verhalten sollen. Seine Behörde schützte ihn nicht. Im Gegenteil: sie nahm Stellung gegen ihn. Die schärfste Kritik ist ihm, auch später, nach dem freisprechenden Urteil des Disziplinarhofes, haben die Schrittmacher gegen Gutzjahr nicht nachgelassen. Wenn die Verlegung nach Weisner — abgesehen davon, daß man die gefährlichen Mann aus der Elz'schen Anklage heraus hatte, was überhaupt noch eine Möglichkeit war, zeitlich, reichlich zwei Jahre zu spät, vom Oberlandesgerichtsrat befördert.

Dagegen wurde, wie wir gesehen haben, der der nächsten politischen Klasse angehörige Herr Staatsanwalt Dr. Weismann in schneller Reihenfolge mit hohen Staatsämtern bedacht.

Dürfen wir hoffen, daß unsere Verfassungskämpfer endlich zur Erhebung der Anklage gegen den Staatssekretär Dr. Weismann führen werden? Welcher Staatsanwalt mag sich heran freimüßig machen? Der Reichsgerichtsrat Weisner ist aufmerksam gemacht, daß der Reichsgerichtsrat Weisner durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt oder durch Androhung eines bestimmten Mißbrauchs derselben jemand zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung widerrechtlich nötigt, wird mit Gefängnis bestraft. Der Reichsgerichtsrat Weisner, der die Geschichte der Weisner, Dr. Gutzjahr und der Weisner, von denen der Weisner Oberjustizrat Grzesinski, Generalstaatsanwalt i. R., neulich in der „Kreuzzeitung“ mit Recht sagte, daß sie alle berechtigten Empfindungen anderer Gelehrten großen Stolzes Beamtentum aufgeweckt haben. Die Weisner, wie das Staatsamt in dem Reichsgericht zu geben und übernommen werden, daß man Vorgesetzter von Hunderten und Tausenden ehrenfähiger Männer, daß man Minister und Reichsgerichtsrat, oberster Richter über Beamtenpflicht und Beamtenverpflichtung werden kann, auch wenn man von Beamtenpflicht und Beamtenverpflichtung selbst nichts weiß.“

Politische Rundschau

Dr. Stresemann an den Gutzjahr-Waldhof-Verein.
Reichsaussenminister Dr. Stresemann telephonierte an den Gutzjahr-Waldhof-Verein, daß er leider an dem persönlichen Ergehen wegen der Kabinetsberatungen verheiratet sei. Er erbat sich die nie ermüdende Arbeit des Gutzjahr-Waldhof-Vereins für das Auslandsdeutschtum an und wünschte der Tätigkeit gutes Gelingen.

Polnische Staatshilfe für die Polen.
Der polnische Finanzminister hat einen besonderen Kreditausgang eingeleitet, der den in Schwierigkeiten geratenen Bankinstituten bei der Sanierung behilflich sein soll. Es sind bereits größere Geldbeträge für den Austausch freigestellt worden.

Immanuel Kant und die Staatsform.

Von H. Reustadt.
„Alle Reform, die Bestand haben soll, muß von der Denkart ausgehen, und wo ein Verderbnis in der Denkart herrscht, da kann nichts Gutes entstehen, nichts Besseres aufkommen.“ Diese Worte des Bürger Erichshart und erhält den Staat und macht politische und bürgerliche Freiheit möglich.“ Schiller.
Von demokratischer Seite wird oft das Wort Immanuel Kant: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staat soll republikanisch sein“, dazu benutzt, den Anschein zu erwecken, der Demokratismus sei mit dem Gedanken, dieses größten Denkers kongruent. Es wirkt immer abstoßend, wenn man nicht sieht, erhabene Männer in den Dienst bloßer Interessen zu stellen und dadurch — bewußt oder unbewußt — gerade das an ihnen modelt, was ihre Größe ausmacht: ihr Urteil. Gegen Wobels ist der Irrtum keine geist und der Verstand, denn daß beide den Schritt zur Mündigkeit, auch für sehr gefährlich halten, dafür sorgen ihnen jene Normen, die die Oberaufsicht über sie gütlich auf sich genommen haben. Nachdem sie ihr Hausrecht zuerst dann gemacht haben und sorgfältig verhehrt, daß diese ruhigen Geschöpfe ja keinen Schritt außer dem Gängelbogen, darin lie sie einbinden, mögen dürfen, so zeigen ihnen selber die Gefahr, die ihnen droht, wenn sie versuchen, alles zu gehen. Was ist Auffklärung? Man muß die Dummheit gewöhnen lassen und hoffen, daß sie schließlich doch einmal die Weine, die ihnen von Natur gewachsen sind, zum Gehen selbst vertragen, um zur „Mündigkeit“ aufzuwachen. Dieser Schritt müde getan, wenn man es selbst unterrichtet, was Kant eigentlich gemeint hat.

Das fragliche Wort steht in dem kleinen Aufsatze Kant's „Zum ewigen Frieden“ und gilt als Lebenschrift zu einem Abschnitt, der über Staatsform und Regierungsort abhandelt. Wie Kant in seinem großen Werke „Der Kritik der Vernunft“, den einzigen Menschenkenntnis kritisch analysiert und indem er die Wirksamkeit des Staates nach Weisner bestimmt. Wenn das Sonnenlicht durch die Regenbogen zu jener farbenprächtigem Erscheinung des Regenbogens gebrochen wird, so erblicken wir „die Farben des Lichtes“, wie Goethe sagt. Ebenso erkennen wir, durch geniale Geisteskräfte auf den Balken, die Welt nicht eine einzelne, sondern eine Menge, die einen er ruft. Wie dort nicht eine einzelne, sondern eine Menge, so ist hier ein einzelnes Prinzip nicht das ganze

Prinzip des Staates. Diese „Farben“ einer staatslichen Verfassung haben, je nach der Art der Verfassung, die Abhängigkeit und Unabhängigkeit zum Staat und Gleichheit der Staatsbürger vor dem, was durch ihre Meinung und pflichtgemäßen Bewußtsein allererst als Staat gelten kann. Bewußtsein man eingetragene Geister nur eins dieser drei sich gegenständig notwendig bedingenden Prinzipien, so können sie niemals als ein unangeführtes Können betrachtet, das aber erst durch die Verfassung der Staat zu werden vermag, in dem mit den anderen zu wachen Wirkung kommen kann. Der nächste Abschnitt, den er mit der Verfassung einleitet, daß diese dargelegte Verfassung „nicht (wie gemeinlich geschieht) mit der demokratischen“ verwechselt werde, handelt von der Staatsform selbst. Viele wird „nach dem Unterschiede der Verfassungen, welche die oberste Staatsgewalt inne haben“, benannt und heißt eigentlich die Form der Verfassung (forma imperii). Drei Formen der Verfassung sind nur möglich, „wo nämlich entweder nur Einer, oder Einige unter sich verbunden, oder Alle zusammen, welche die bürgerliche Gesellschaft ausmachen, die Herrschaftswelt besitzen (Autorität oder Willkür, Aristokratie oder Despotismus) und dem Demokratie, wo die Herrschaftswelt zwischen Vielen, oder einfacher und unangeführten die verschiedenen Möglichkeiten der „Beherrschungsformen“ bestimmen kann, als es hier der große Willkür getan hat. Die Art, wie diese verschiedenen „Beherrschungsformen“ ihre Gewalt ausüben, nennt Kant „die Regierung des Volkes durch sein Oberhaupt“, wobei es „wenn es sich gleichgültig, wer Oberhaupt ist, nur auf zwei Arten, nämlich durch die Aristokratie, oder durch die Demokratie, von seiner Macht Gebrauch machen: entweder republikanisch oder despotisch.“ Es ist leicht zu erkennen, daß Kant unter „republikanisch“ etwas anderes denkt, als man sich heute gemeinlich darunter denkt. Nach ihm — man merke wohl — kann sowohl die Monarchie, wie die Aristokratie, wie die Demokratie „republikanisch“ wirken, jedoch nicht unbedingt in seinen politischen Schriften auf die Gefahr einer Verwechslung bei der Demokratie hin, während man heute gewöhnlich unter dem Worte „republikanisch“ den Gegensatz zur Monarchie und Aristokratie versteht. Hier, bei Kant, kommt es ganz auf die Denkart des Oberhauptes an, und zwar ist „despotisch“ die Denkart des Oberhauptes, die die Willkür der herrschenden Gewalt über die Willkür der Untertanen an den Despotismus, das der eigenmächtigen Willkür des Staates von Weisner, die er selbst gegeben hat, mit sich bringt öffentliche Willkür, sofern er von den Regenten — der sein kann, welcher er wolle — als ein Privatwillkür gehandhabt wird.“ Die eigene Denkart des Oberhauptes ist notwendig allgemeingültig, weil sie zwischen Gebieten und Gebörden

den genau unterscheidet und sie beide vermengen darf, und die in der „republikanisch“, während die zweite, wo der Gebörden gleich gebietet und der Gebörden auch gebietet, „eigentlich eine Uniform“ ist.

Hier müssen wir einen kleinen Seitenblick werfen, um Kant recht zu verstehen. Handelt es sich doch nicht um alltägliche Dinge, wenn wir Worte von Kant hören. Zudem man wache, weil alle unter einem Lande, von Willen und Ehrlichkeit der Welt zu erfahren. Und hier handelt es sich um durchaus Einfaches, so Einfaches, daß selbst Kant in einer Anmerkung desselben Abzuges gegen einen sich selbst verminderten und verunklärten Bestand Front machen muß. Es liegt in der Eigenart dieses Organes, die letzter Erkenntnis, alles zu nehmen, dessen es habhaft wird. Der Wortkundler ist unerfährlich. Dabei hat der Verstand sich mit dem Erfassen und Erfassen logisch ein System zurecht, modelt alles, was nicht hineinpaßt, diegt und zerbrät alles, bis es nicht mehr hindern wirkt auf das, was schon da ist. Der Menschengeist, dieser ewig kombinatorische, unammendliche, gutwährende, nicht bestimmte Grenzen gezogen werden, Kant der Verstand logisch einen Abergang, bis er sich selbst nicht mehr versteht. Damit aber ein Baumwerk in den Bausteinen des Erfahrenen zustande kommt, muß noch etwas hinzukommen, einen Plan enthält und das Erfahrenes organisch bezieht; der Verstand selbst muß die Tätigkeit des Verstandes leisten und zusammen. Und dieser Akt ist die menschliche Vernunft, ein Vermögen des Menschen, Grundzüge nach Ideen zu erfassen und zur Wirksamkeit zu bringen. Sobald die Vernunft im Menschen wirkt, bestimmt sie das Tun des Menschen nach allgemeingültigen Gesetzen, die in ihm liegen, und darum unbedingt wirksam. Sie ist es, die den Regenten, worin jeder wohnen kann, der Freiheit höher schätzt als alles andere in der Welt. Nur am Handeln und am Tun erbliden wir zur Mündigkeit geeigneten Menschen das Denken für einen höheren Zweck, nur in der Tat erweitert sich, wer frei ist oder nicht. Was hier die Vernunftselbst ausmacht, das Goethe treffend ausgedrückt hat: „Der Mensch hat gegen seine Natur zu handeln.“ Das ist die Aufgabe, die unangeführte. Der Wille kann sie lösen und im Tun ist sie gelöst, wie durch Theorie und Wortlaube. Das Weisner, eines allgemeingültigen Tuns als Ausdruck der Vernunftselbst verdient also allen als „repräsentativ“ zu heißen; alles andere ist „despotisch“ Bestimmung.

Aus aller Welt.

5000 Meter unter dem Meer.

Fortschreiten mit der Taucherglocke. Rom, 22. September. Die Kartmann-Expedition...

Meuterei in einem Strafgefängnis.

Warschau, 23. Sept. In dem Strafgefängnis in Iele...

Schwerer Unglücksfall bei den estnischen Manövern. Reval, 22. August. Am Verlauf der gegenwärtig stattfindenden estnischen Manöver...

20 Todesopfer eines Autounglücks.

Wegau, 23. Sept. Auf der Straße zwischen Riffie und Estnje ereignete sich ein außerordentlich schweres Automobilunglück...

Seinen Arzt beschützen. Das Diferens eines Verkaufsvertrages ist der Wiener Spezialarzt Dr. Leopold Weinstein geworden...

Ein löstündiges Gel. Aus Tunis wird gemeldet, daß ein löstündiges Aufwachen...

Eisenbahnunglück in Jugoslawien. In Zenta (Jugoslawien) hat sich ein schwerer Verkehrsunfall ereignet...

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball.

Fußball am nächsten Sonntag.

Der kommende Sonntag steht fast ausschließlich im Zeichen des Saisonrücklaufes der Leichtathletik...

In der 16-Klasse dagegen ist der Betrieb reger; hier stehen auf dem Programm: Olympia-Mannschaft...

In der 2. Klasse sollen antreten: Kösen-Rahna, Wegwitz gegen Luerfurt, Germania-Merzbach-Böden.

Die 2. Klasse des Saaleganges.

Die Verbandsspiele des vorigen Sonntags endeten durchweg erwartungsgemäß. Die drei Spitzenreiter...

Die Tabelle hat hier nunmehr folgendes Aussehen:

Table with 5 columns: Sp.-Nr., 2b-Klasse, Tore, Pkte., +/-

Die Jubiläumsspiele des D. F. S.

Am 3. und 4. Oktober wird Austrag kommen, wobei auf folgenden Plätzen entschieden:

Zwischenrunde zwischen Berlin und Süddeutschland auf dem Wasserplatz in Cutilrich...

Mitteldeutschlands Eff für die Zwischenrunde. Für das Zwischenrundenspiel...

Reichtathletik. Vereinsmeisterschaft in Halle. Den am nächsten Sonntag im Halleschen Stadion stattfindenden Vereinsmeisterschaften...

Handel und Verkehr.

Der Steuerabzug vom Kapitalertrag.

Der Steuerabzug vom Kapitalertrag ist durch das neue Einkommensteuergesetz neu geregelt...

Der Steuerabzug beträgt nie früher 10 Prozent des Kapitalertrages. Dabei werden etwa bestehende Schulzinsen oder Werbungskosten nicht berücksichtigt...

Als für die Steuerabzugsfähigkeit in Betracht kommen die Einkünfte aus Kapitalvermögen...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind die Einkünfte aus Aktien, Anleihen, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne...

von gegen Oslo 22,68, London gegen Stockholm 18,05, London gegen Kopenhagen 19,00.

Die amtlichen Zeitungen.

Table with 2 columns: Zeitung, Preis

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 22. Sept. Infolge der höheren Auslandsnotierungen zeigte sich am Brotpflanzenmarkt etwas mehr Nachfrage...

Amstische Produktentpreise.

Berlin, 22. Sept. Getreide und Bohnen, per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

Wausfuttermotierungen.

Am amtlichen Verkehr der Berliner Futtermittelbörsen folgende Preise notiert: Roggenstroh, drahtgepreßt...

Wolentaurer.

Wolentaurer 69,45-70,15; Eifererleder 58,91-59,21; Schweizer 80,75-81,15; Italienische 17,16-17,21.

Berliner Metallpreise.

Kupfer, Elektrolyt 139,25; Nirobin 74,50-75,50; Wollentaurer 44,75-45,50; Aluminium 235,240; Nickel, rein 340 bis 350; Silber, ca. 900/100 98,5-99,5.

Effektentaurer.

Berliner Börse vom 22. September 1925.

Large table with multiple columns: Aktien, Renten, Bankaktien, etc.

Berliner Freirevier vom 22. September 1925.

Rall. Reichsbank 88-; Württemberg 15-; Bayern 15-; etc.

Die Hinter der Aktienbesitzung in Klammern besetzte Ziffer bedeutet den heutigen Goldwert...

Leipziger Börse vom 22. September 1925.

Leipzig, 22. Sept. (Berliner) 18,50; (Hamburg) 18,50; (Breslau) 18,50; etc.

Leipziger Freirevier vom 22. September.

Leipzig, 22. Sept. (Berliner) 18,50; (Hamburg) 18,50; (Breslau) 18,50; etc.

Am Devisenmarkt war die Lage wenig verändert.

Der Devisenmarkt war die Lage wenig verändert. Der Wechselkurs des Reichsmark...